

Kiel schraubt Bildungsziele herunter

9700 zusätzliche Studienplätze soll das Land bis 2015 laut Hochschulpakt schaffen, die Hälfte der Kosten zahlt der Bund. Der Wissenschaftsminister aber will das Angebot zurückgeben.

VON WOLFRAM HAMMER

Der vom Kieler CDU-Wissenschaftsminister Jost de Jager geplante Bildungsabbau hat offenbar größere Dimensionen als bisher angenommen. So plant de Jager nicht nur die Schließung der Mediziner-Uni Lübeck und der Wirtschaftswissenschaften in Flensburg, sondern will auch den eigentlich an anderer Stelle geplanten Studienplatz-Ausbau im Land stoppen. Das kündigte de Jager gestern im Bildungsausschuss des Landtags an.

Es geht um 9700 zusätzliche Studienplätze, die Schleswig-Holstein mit finanzieller Unterstützung des Bundes (50 Prozent der Kosten) im Zuge des Hochschulpakts einrichten wollte. Diesen Pakt schlossen Berlin und die Länder im Jahr 2007 ab, weil allein bis 2015 mit 275 000 zusätzlichen Studienanfängern gerechnet wird. Grund: Die Zahl der Abiturienten steigt stark an. Und: Durch die bundesweite Einführung des Turbo-Abiturs G8 drängen in den kommenden Jah-

ren auch noch doppelte Abitur-Jahrgänge in die Hochschulen. So werden zum Beispiel in Schleswig-Holstein im Jahr 2016 der letzte G9 und der erste G8-Jahrgang gemeinsam Abitur machen. Die Folge: Allein an den Gymnasien wird die Zahl der Abiturienten von 8100 im Jahr 2010 auf 9500 im Jahr 2015 und dann auf 21 000 im Jahr 2016 hochschnel-

len. Dass all diese Schüler dann auch im Land Studienplätze finden, droht allerdings äußerst unwahrscheinlich zu werden. De Jager will die 9700 zusätzlichen Studienplätze aus dem Hochschulpakt nämlich an andere Bundesländer abtreten, erklärte er im Ausschuss. Nur wenn kein anderes Land die Plätze haben wolle, müssten sie wohl im Norden bleiben.

„Mit den Studienplätzen bietet Schwarz-Gelb die Zukunft zum Verkauf an“, schimpft Martin Habersaat von der SPD. Jost de Jager ficht das nicht an. „Viele Landeskinder gehen doch jetzt schon zum Studium in andere Bundesländer“, erklärt der Wissenschaftsminister. SSW-Fraktionschefin Anke Spoorendonk spricht angesichts solcher Aussa-

gen bereits von einer „Koalition des Abbruchs“, das Kieler CDU-FDP-Bündnis habe offensichtlich gar kein bildungspolitisches Konzept mehr.

Das befürchtet auch die Grüne Anke Erdmann. So sei es absolut unverständlich, dass de Jager trotz der Hochschulpakt-Verpflichtung zum Studienplatzausbau die Mediziner-Studienplätze in Lübeck streichen wolle. Sie vermutet dahinter Kalkül: „De Jager baut in Lübeck erstmal die teuren Medizin-Studienplätze ab, um sie hinterher gegen einige fürs Land günstigere Fachhochschul-Studienplätze einzutauschen.“ Dem widerspricht der Minister ausdrücklich nicht. „Der Hochschulpakt verbietet keine strukturellen Verschiebungen“, betont de Jager. Und es sei ja nun

wirklich so, dass Schleswig-Holstein zwar nur 2,4 Prozent aller Studienplätze in Deutschland bereitstelle, die Quote aber ausgerechnet bei den teuren Mediziner-Plätzen bei 4,2 Prozent liege.

Anke Erdmann lässt das nicht gelten: „Wie aus dem Minus an Studienplätzen im Rahmen des Sparpaketes am Ende ein Plus bei den Studienplätzen werden soll, das kann der Minister nicht erklären.“ Und auch ihre Fraktionskollegin, die Grünen-Gesundheitsexpertin Marret Bohn, kann die Argumente nicht verstehen. Schließlich habe die Kassenärztliche Vereinigung gerade beklagt, dass Schleswig-Holstein die Ärzte ausgehen, vor allem die Hausärzte – „und Schwarz-Gelb will die Universität Lübeck einstampfen und das UKSH privatisieren! Weiß die linke Hand der Regierung, was die rechte tut?“

In der Tat: Während de Jager mit einer Arbeitsgruppe in seinem Ministerium bereits die Abwicklung der Mediziner-Universität in Lübeck aufgenommen hat, hob gestern überraschend auch CDU-Ministerpräsident Peter Harry Carstensen hervor, dass die Entscheidung noch offen sei. Es komme ihm nur darauf an, am Ende die Einsparsumme zu erreichen. Für den Weg dorthin nehme er gerne noch Vorschläge an. Aus Lübeck seien ihm solche auch schon angekündigt worden. „Ich werde dort in den nächsten Tagen Gespräche führen“, kündigte Carstensen an.

IHK: Lübecker Uni ist existenzieller Standortfaktor

Die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer zu Lübeck hat jetzt eindringlich an die Landesregierung appelliert, die medizinische Fakultät in Lübeck zu erhalten. „Diese Hochschule hat eine hohe Bedeutung für die Wirtschaft zwischen Hamburg und der Ostsee“, so IHK-Präsident Andreas Leicht. Eine Schließung des Studienganges und das damit zu erwartende Aus für die gesamte Universität zu Lübeck hätten unmittelbare Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung. Es gehe um 15 000 Arbeitsplätze in 600 Unternehmen der Region, hinter dem Appell stehe die gesamte regionale Wirtschaft.

Fraunhofer-Chef: Noch ist alles offen

Die Entscheidung über die Ansiedlung eines Fraunhofer-Instituts in Lübeck ist noch nicht gefallen. Das betonte der Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft, Professor Hans-Jörg Bullinger, gestern gegenüber den LN. In den kommenden Wochen werde die bisherige, kleine Fraunhofer-Arbeitsgruppe in Lübeck erst einmal von einem Wissenschaftler-Team unter die Lupe genommen, dann müsse eine Kommission aus Bundes- und Ländervertretern endgültig über den Ausbau zum Institut entscheiden. An der Uni Lübeck wird befürchtet, dass sich die Kommission wegen der Schließung der Mediziner-Ausbildung dagegen entscheidet.